

Antrag A15

Antragsteller:

KV Ennepe-Ruhr

Leerfahrten im Rettungsdienst müssen bei berechtigter Alarmierung von Rettungswagen und Notärzten für die Bürger kostenlos bleiben

:

Die MIT NRW setzt sich dafür ein, dass die berechtigte Alarmierung und der Einsatz von Rettungswagen und Notärzten in Deutschland für die Menschen kostenlos bleiben. Bestehende Lücken im Sozialgesetzbuch V sind durch den Gesetzgeber schnellstens zu schließen.

Begründung

Der Rettungsdienst ist eine öffentliche Aufgabe und Teil der Daseinsvorsorge der nichtpolizeilichen Gefahrenabwehr. Er dient der Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung.

Ein optimal funktionierender Rettungsdienst ist als Garant des Grundgesetzes zu betrachten. Die Würde des Menschen ist unantastbar (GG Art. 1), jeder Mensch hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit (GG Art. 2).

Die Krankenkassen sind zur Zeit nicht mehr bereit, sogenannte Leerfahrten im Rettungsdienst den Trägern des Rettungsdienstes (i.d.R. Kreisfreie Städte und Landkreise) zu erstatten. Dies hat in NRW zur Folge, dass solche Einsätze den Betroffenen in Rechnung gestellt werden.

Durch die hervorragende Ausbildung der Mitarbeiter der Rettungsdienste und der Notärzte kann in unterschiedlichen Fällen ein akuter medizinischer Notfall vor Ort behandelt werden und der Transport in ein Krankenhaus ist nicht mehr notwendig. In anderen Fällen haben Patienten das berechtigte Gefühl eines lebensbedrohenden Zustandes und der eintreffende Rettungsdienst oder Notarzt diagnostiziert, dass die Behandlung durch einen Hausarzt ausreicht. Dann erfolgt ebenfalls kein Transport in ein Krankenhaus.

Aufmerksame und hilfsbereite Mitmenschen alarmieren in guter Absicht den Rettungsdienst für einen Dritten, obwohl durch fachliche Beurteilung eines Notarztes kein Transport in ein Krankenhaus notwendig ist.

Stellt der Notarzt vor Ort den Tod eines Patienten fest, erfolgt ebenfalls kein Transport in ein Krankenhaus.

Das SGB V regelt die Kostenübernahme durch die Krankenkassen bei medizinischen Notfällen. Durch eine Lücke im Gesetz berufen sich die Krankenkassen darauf, sogenannte Leerfahrten gegenüber den Trägern des Rettungsdienstes nicht mehr zu erstatten.

Durch diese Verfahrensweise:

- Werden Transporte ins Krankenhaus auch bei nicht zwingend vorliegender Indikation durchgeführt.
- Die Notaufnahmen in Krankenhäusern werden noch mehr überlastet.
- Die Kosten des Rettungsdienstes und der Krankenhäuser steigen weiter.
- Die Krankenkassen werden die Beiträge weiter anheben.
- Die kommunalen Haushalte werden durch Leistungsempfänger zusätzlich belastet.
- Entsteht eine Hemmschwelle zur Alarmierung des Rettungsdienstes, obwohl eine notwendige Indikation vorliegt.
- Steigen Kosten der Rehabilitation durch eine verspätete medizinische Notfallversorgung.

In der Folge werden die Unternehmen durch weiter steigende Kosten der Gesundheitsvorsorge und zunehmende Ausfallzeiten von Mitarbeitern zusätzlich belastet.

Eine funktionierende und kostenlose Notfallrettung reduziert Kosten durch geringere Langzeiterkrankungen und Rehabilitationszeiten.

Gleichzeitig entsteht eine höhere Produktivität, weil Mitarbeitende sich sicher fühlen und schneller wieder arbeitsfähig sind.

Eine gute Notfall- und Rettungsinfrastruktur macht einen Wirtschaftsstandort für Fachkräfte, Investoren, für Kunden und Geschäftspartner attraktiver. Gerade für die Industrie, Chemieunternehmen, Logistikbetriebe oder bei Großveranstaltungen ist das ein entscheidender Faktor.

Ausnahmetatbestand: Eine unnötige Alarmierung des Rettungsdienstes rein aus Bequemlichkeit (wenn ich mit dem Rettungswagen eingeliefert werde, werde ich auch schneller behandelt.) soll auch weiterhin dem Alarmierenden in Rechnung gestellt werden. Hierzu soll dem Rettungsdienstpersonal die Möglichkeit eingeräumt werden, einen Vermerk in der Transportakte mit dem Hinweis einzuräumen:

- Alarm in guter Absicht (dann kostenfrei)
- Alarm ohne medizinische Notwendigkeit (dann Kostenersatz)

Die hochwertige Ausbildung der Notfallsanitäter und Notärzte lässt solch einen Beurteilungsspielraum zu.

Votum der Antragskommission:

Verweisung in den Landesvorstand